

Offene Fragen der Geschichte Band 8

Chronik von 1952 bis 1986

Wiedergutmachungsleistungen,
Volksaufstand im Juni 1953,
Deutsches Wirtschaftswunder,
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft,
Bau der Berliner Mauer,
Internationale Kubakrise,
Vietnamkrieg 1965-1975,
68er Bewegung,
Ratifizierung der Ostverträge,
Unbewältigte Vergangenheit ...

Band 8/007

Chronik vom 31. Dezember 1953 bis zum 8. Dezember 1954

31.12.1953

DDR: Die Sowjets geben am 31. Dezember 1953 die sog. SAG-Betriebe (Sowjetische Aktiengesellschaften) an das SED-Regime zurück.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Sowjetischen Aktiengesellschaften" (SAG) in der SBZ (x009/397): >>... Die Nettogewinne der SAG-Betriebe (außer Uranbergbau) in den Jahren 1946-1953 werden auf etwa 3,5 Milliarden Mark geschätzt. Die "Rückgabe" in deutsche Verwaltung am 31.12.1953 war praktisch ein Rückkauf durch die Sowjetzonenregierung; der Kaufpreis hat mindestens 3,5 Milliarden Mark betragen. –

Über alle diese Entnahmen der Sowjetunion aus den SAG-Betrieben liegen weder von sowjetischer noch von sowjetzonaler Seite irgendwelche Abrechnungen vor. Die Beschlagnahme und Nutzung der deutschen Betriebe durch die Sowjets ist eines der trübsten Kapitel der sowjetischen Besatzungspolitik.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Sowjetischen Handelsgesellschaften" in der SBZ (x009/397): >>Seit 1946 in der SBZ bestehende sowjetische Gesellschaften.

Ihre Hauptaufgabe war der Ankauf von Erzeugnissen sowjetzonaler SAG-Betriebe und der Export dieser Güter in Länder des Sowjetblocks oder des westlichen Auslandes. Bei den sowjetischen Handelsgesellschaften handelte es sich teils um Filialen Moskauer Handelsgesellschaften in der Zone, ... teils um sog. deutsch-russische Gesellschaften, ... teils um direkte Organe der sowjetischen Besatzungsmacht, wie die Wirtschaftsverwaltung der sowjetischen Besatzungstruppen (GSOW).

Inzwischen wurden einige sowjetische Handelsgesellschaften aufgelöst. Ihre Aufgaben übertrug man sowjetzonalen Stellen. Bis 1953 spielten die Sowjetischen Handelsgesellschaften infolge ihrer privilegierten Stelle eine bedeutende Rolle im Wirtschaftsleben der Zone. Die sowjetzonalen Produktionsbetriebe mußten Aufträge der sowjetischen Handelsgesellschaften mit Vorrang vor deutschem Bedarf ausführen.

Die sowjetischen Handelsgesellschaften waren bis Ende 1953 auch im Veredelungsverkehr eingeschaltet; sie führten aus dem Ausland oder aus der Bundesrepublik Rohstoffe ein, die

nach der Verarbeitung die SBZ wieder verließen. Als Veredelungsentgelt verblieben den Betrieben gewisse Prozentsätze des eingeführten Rohstoffes, die jedoch meistens ebenfalls nach Anweisungen der sowjetischen Handelsgesellschaften zur Fertigung von Waren für sowjetische Rechnung verwendet werden mußten.

Die Lieferwerke in der SBZ erfuhren in keinem Falle, welche Erlöse mit ihren Gütern erzielt wurden. Sie erhielten lediglich Gutschriften nach den 1944er Stopp-Preisen in Deutscher Mark Ost.

Der Export von Erzeugnissen der SBZ stellte für die Sowjets eine der ergiebigsten Quellen der Bereicherung dar. Seit Anfang 1954 wickeln die Sowjetischen Handelsgesellschaften ihre Geschäfte nicht mehr mit den Herstellbetrieben, sondern über die sowjetzonalen Außenhandelsorgane ab.<<

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 31. Dezember 1953 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/133-134): >>Diese kalte Silvesternacht am Ende des alten Jahres unter der Friedensglocke in Friedland werde ich nie vergessen.

Während ringsum im weiten Land der Abschied des Jahres 1953 in den Gaststätten und Häusern gefeiert wurde, standen genau zur gleichen Stunde in Friedland Männer mit Tränen in den Augen, heimgekehrt aus langer Gefangenschaft, und sangen aus übervollem Herzen: "Nun danket alle Gott".

... Zu ihrer Begrüßung sprach in einer eindrucksvollen, nächtlichen Feierstunde, nebst Vertretern der Regierung, Landesbischof Dr. D. Lilje von der Hannoverschen Landeskirche für die geistlichen Würdenträger beider Konfessionen.

"Dieses ist eine unvergeßliche Silvesternacht", sagte der Bischof. "Die allmächtige Hand, die jeden von Euch hierher geführt hat, wird Euch auch in kommenden Jahren weiterführen."

Tränen der Ergriffenheit standen den Heimkehrern, Internierten, Frauen und Männern, Zuschauern und auch den offiziellen Gästen in den Augen, als der Bischof zum Schluß alle aufforderte, mit ihm gemeinsam das "Vater unser" zu beten.

Tausende erlebten diese Feierstunde an den Lautsprechern mit.

806 Heimkehrer versuchten noch rechtzeitig im alten Jahr nach Friedland zu kommen. Sie überquerten, bevor die Glocken das neue Jahr einzuläuten begannen, zu Fuß in kleinen Gruppen die Zonengrenze bei Herleshausen und hörten dort durch den Rundfunk die Übertragung der Sylvesterfeier in Friedland. Alle blieben stehen, lauschten und sangen dann mit dem Posaunenchor der Göttinger Stadtkantorei das alte Lied "Lobe den Herren ..."

Keiner der vielen Menschen, die an die Zonengrenze geeilt waren, um die Heimkehrer zu begrüßen und vielleicht Angehörige unter ihnen zu finden, rührte sich während dieser Übertragung vom Fleck. ...

Für einen von den 806 wurde die Sylvesternacht zur Todesnacht. Auf der Fahrt von der Zonengrenze bis nach Friedland erteilte ihn der Tod durch Herzschlag. ...<<

Ende 1953 ist die "BILD-Zeitung" mit einer Auflage von über 6.000.000 Exemplaren die auflagenstärkste deutsche Tageszeitung (x175/477).

UdSSR: Ein deutscher Heimkehrer schreibt Ende 1953 über die Zustände in den letzten sowjetischen Kriegsgefangenenlagern (x130/359): >>... Man muß diese Armee des Elends gesehen haben. Körperlich ruiniert durch Jahre und Jahrzehnte unter barbarischen Bedingungen in Haft, schlecht gekleidet, zahnlos, in überfüllten Baracken zusammengepfercht, tuberkulös, herzkrank, jede Woche werden einige von ihnen in der Tundra verscharrt.<<

1953

DDR: Im Jahre 1953 fliehen 331.390 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

BRD: Im Jahre 1953 werden noch immer 200.000 deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in Lagern untergebracht. Weitere 750.000 leben in Notwohnungen. Die restlichen 7 Millionen Vertriebenen besitzen "Normalwohnungen", 2/3 von ihnen sind Untermieter (x038/481-482).

China: Nach Abschluß der Verteilung von Grund und Boden an die chinesischen Bauern beginnt im Jahre 1953 die maoistische Kollektivierungspolitik.

Der chinesische Parteiführer Mao Tse-tung berichtet im Jahre 1953 über die Zukunft Chinas und der Kommunistischen Parteien (x069/198): >>... Bis 1960 wird die militärische, wirtschaftliche und industrielle Macht Chinas so weit entwickelt sein, daß die herrschende Clique Japans auf eine bloße Machtdemonstration der Sowjetunion und Chinas hin kapitulieren wird. Unmittelbar darauf wird auch Indien fallen. Ist einmal Indien gewonnen, so lassen sich die Probleme mit den Philippinen und den arabischen Ländern mit Leichtigkeit lösen. Diese Aufgabe kann 1965 vollbracht sein.

Eine revolutionäre Welle wird dann über den afrikanischen Kontinent hinweggehen. Diese mächtige Bewegung ließe sich vielleicht noch früher auslösen.

Sind Asien und Afrika einmal von den kapitalistischen Ländern Europas getrennt, so wird Europa einen totalen wirtschaftlichen Zusammenbruch erleben. Seine Kapitulation wäre nicht mehr als die Folge aus den vorangegangenen Ereignissen, und schließlich würde die Weltrevolution vollendet durch die Kapitulation der Neuen Welt.<<

1954

Die Zukunft hat viele Namen: für Schwache ist sie das Unerreichbare, für die Furchtsamen das Unbekannte, für die Mutigen die Chance.

Victor Hugo (1802-1885, französischer Dichter)

01.01.1954

DDR: In einigen Zweigen der "volkseigenen" Wirtschaft wird ab 1. Januar 1954 zunächst versuchsweise die Produktions- und Dienstleistungsabgabe nach dem Vorbild der sowjetischen "differenzierten Umsatzsteuer" eingeführt.

Sie tritt an die Stelle der Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Umsatzsteuer, Beförderungsteuer und der Verbrauchsabgaben.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Produktions- und Dienstleistungsabgabe" (PDA) in der SBZ (x009/341): >>Als Nachahmung der "differenzierten Umsatzsteuer" der Sowjetunion in der SBZ erstmals in einigen Zweigen der "volkseigenen" Genußmittelindustrie mit Wirkung vom 1.1.1954 zunächst versuchsweise, dann durch "Verordnung über die Produktionsabgabe und Dienstleistungsabgabe der volkseigenen Dienstleistungsbetriebe" vom 6.1.1955 in der gesamten "volkseigenen" Wirtschaft eingeführt.

Die Produktionsabgabe als Bestandteil der Industrieabgabepreise eines Produktes wird in der "volkseigenen Industrie" grundsätzlich für ein Produkt nur einmal erhoben. Ist durch Bearbeitung oder Verarbeitung ein neues Produkt mit anderen Eigenschaften entstanden, wird sie erneut berechnet.

Zahlungspflichtig sind die Betriebe der "volkseigenen Industrie". Die Zahlungspflicht entsteht im Zeitpunkt des Umsatzes des Produktes. ...

Zur Zahlung der Dienstleistungsabgabe sind die "volkseigenen Dienstleistungsbetriebe" und die Betriebe der "volkseigenen Industrie", soweit sie Dienstleistungen ausführen, verpflichtet. Mit der Einführung der Produktions- und Dienstleistungsabgabe entfällt die Erhebung der Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Umsatzsteuer, Beförderungsteuer und der Verbrauchsabgaben.

... Durch die Kurzfristigkeit und Stetigkeit der Abführungen soll die Haushaltsstabilität gesichert werden, d.h. der Staat soll eine gleichmäßig und schnell fließende Quelle an Geldmitteln laufend zur Verfügung haben.<<

Die sowjetische Wismut-AG (Uranbergbau in der SBZ) wird ab 1. Januar 1954 in eine deutsch-sowjetische Aktiengesellschaft umgewandelt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Uranbergbau"

in der SBZ (x009/449): >>Der Uranbergbau in der SBZ wird von der sowjetischen Wismut-AG, seit 1.1.1954 angeblich zu einer deutsch-sowjetischen Aktiengesellschaft umgewandelt, betrieben.

Die Sowjets schufen damit ein völkerrechtliches Novum, da erstmalig die Siegermacht eines Krieges ohne Fühlungnahme mit früheren Verbündeten nach eigenem Ermessen in dem von ihr besetzten Gebiet die Bodenschätze als Reparationsleistung ausbeutet. ...

Die Hauptverwaltung Wismut-AG in Siegmarschönau bei Chemnitz (Sachsen) untersteht direkt sowjetischen Stellen in Moskau. Auch die Umfirmierung der Wismut-AG in eine sog. "deutsch-sowjetische Gesellschaft" 1954 hat nichts daran geändert, daß es sich um ein rein sowjetisches Unternehmen handelt.

... Die Wismut-AG hat seit 1946 systematisch allen Boden der SBZ, der irgendein Uranvorkommen vermuten ließ, durch sog. "Geologenbrigaden" nach Uranvorkommen untersucht. Nach vergeblichen Schürfungen im Harz und im Zittauer Gebirge, die 1951/52 wieder eingestellt wurden, konzentriert sich der Uranbergbau gegenwärtig auf folgende Gebiete:

1. Erzgebirge und Vogtland mit Hauptzentren um Johanngeorgenstadt, Falkenstein und Schneeberg;

2. Thüringen mit Hauptzentrum Ronneburg.

Nach zuverlässigen Schätzungen betrug der Beschäftigungsgrad bei der Wismut-AG im Herbst 1951 etwa 225.000. Diese Zahl entsprach rund 10 % aller Beschäftigten in Industrie und Bergbau der SBZ. Gegenwärtig dürften noch immer etwa 140.000 Arbeitnehmer tätig sein. Die Ausbeutungsergebnisse des Uranbergbaus werden streng geheimgehalten. –

SED und FDGB unterstützen die Anwerbung deutscher Arbeitskräfte für den sowjetischen Uranbergbau. Trotz der Lohnkürzung seit Mitte Mai 1950 werden im Uranbergbau noch relativ hohe Löhne gezahlt. Sie stehen jedoch in keinem Verhältnis zu den geforderten Leistungen.

Art und Höhe der Finanzierung liegen völlig im dunkeln, da weder aus dem Staatshaushalt noch aus Unterlagen der Planungsstellen offene Angaben ersichtlich sind. Rückschlüsse aus der wechselnden Zahl der Beschäftigten und den im Erzbergbau allgemein üblichen Kosten ergeben allein für 1946 bis 1953 einen Gesamtaufwand von 7,75 Milliarden Mark. ... Die Ausbeute ist, besonders im Erzgebirge, in den letzten Jahren zurückgegangen. Trotzdem - so wird von Fachleuten geschätzt - dürfte vielleicht erst wenig mehr als die Hälfte der Uranvorräte abgebaut sein. Die Vorräte im Raum Ronneburg sollen, bisherigen Personalbestand vorausgesetzt, eine Abbautätigkeit von etwa 15 Jahren ermöglichen.<<

03.01.1954

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 3. Januar 1954 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/134-136): >>3. Januar 1954. Der Bundeskanzler besuchte Friedland, hielt eine Ansprache an die Heimkehrer, sprach mit ihnen und ließ sich zu den Kranken und Schwachen in den Sanitätsunterkünften führen.

Täglich gehen bei der Lagerleitung bis zu 4.000 Anfragen nach dem Schicksal ehemaliger deutscher Soldaten ein, die irgendwo noch in Kriegsgefangenschaft sein sollen ...

Lagerleiter Dr. Freßen ... sagte zu mir: "Das Schönste an diesem Lager ist der Geist aller, die dabei helfen, den Entlassenen die ersten Stunden in der Heimat nicht unnötig durch die unvermeidliche Schreiarbeit zu erschweren, ihnen den Aufenthalt bei uns so angenehm zu machen, daß sich jeder gern an Friedland erinnert.

Dieser Geist der Uneigennützigkeit, des Dienstes am Ärmsten, der unaufdringlichen Betreuung, des guten Herzens, des persönlichen Opfers – dieser Geist ist seit der Gründung dieses Lagers hier zu Hause. Es ist schön, mit solchen Menschen im Interesse der Sache arbeiten zu können."<<

07.01.1954

DDR: Die SED gründet am 7. Januar 1954 das "Ministerium für Kultur".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Sprache" in der SBZ (x009/414-415): >>Unter dem Eindruck des Parteijargons verändert sich die Schrift- und Umgangssprache der SBZ in einer Weise, die noch kaum untersucht wurde, hüben wie drüben aber von vielen Menschen als Symptom des Auseinanderlebens und der Entfremdung deutlich empfunden wird. ...

Das Weltanschauungsmonopol des Marxismus-Leninismus und dessen behauptete Wissenschaftlichkeit, die Ansprüche der Zentralverwaltungswirtschaft (Produktionssteigerung, Plan-Disziplin, Erreichung des "Weltniveaus"), der militante Stil des Klassen- und Friedenskampfes, die bewußte Anlehnung an die Sowjetunion - all das durchsetzt auf dem Wege über die Presse, Fachliteratur, Rundfunk, Schule, Schulung und kulturelle Massenarbeit, ja, selbst über Literatur, Theater, Kabarett das öffentliche und private Leben mit Elementen der pseudo-philosophischen, politökonomischen, militärischen Fachsprache.

Der Glaube an die Machbarkeit aller Dinge bestimmt (wie beim Nationalsozialismus) den Habitus des gesprochenen und geschriebenen Wortes; der ideologische Bruch der Doktrin (der Überbau hilft der Basis, Marxismus-Leninismus) nötigt zu sprachlichen Camouflagen (Tarnungen), ... der arglistigen Täuschung politisch Unerfahrener oder Schwankender dienen die Sinnverschiebungen bei Schlüsselbegriffen wie Demokratie, Freiheit, Frieden, Gesetzlichkeit, Mitbestimmung, Sozialismus, Wahlen usw., der Kampf gegen den "Klassenfeind", vor allem aber die Auseinandersetzung mit den ideologischen Abweichungen haben ganze Arsenale von Schimpf- und Schmähwörtern entstehen lassen, die für den Nichtkommunisten vielfach unverständlich sind (Objektivist, Praktizist, Versöhnler u.a.); Journalisten, Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, aber auch Lehrer passen sich unter Zwang, den ideologischen Weisungen und Losungen der SED prompt zu folgen, oft auch unfähig zu selbständigem Denken und eigenem Ausdruck (oder deren Gefahren meidend) der Sprache der jeweils maßgebenden Parteigrößen an, und Nichtkommunisten folgten ihnen darin, entweder um sich zu tarnen, oder um das "Partei-Chinesisch", nur dem Ohr von Gleichgesinnten vernehmbar, ad absurdum zu führen.

Die Verlüderung der Sprache ist auch in der SBZ beobachtet und von einigen Einsichtigen (Becker, Klemperer, Weiskopf, Zweig) kritisch und warnend behandelt worden, doch wurden die spezifisch "gesellschaftlichen" Ursachen von ihnen begreiflicherweise übersehen.

Der Spracherziehung dient, unter Wahrung der Tabus und mit klassenkämpferischen Einschlägen, die unter Mitwirkung der Redaktion des sowjetzonalen "DUDEN" ... herausgegebene Monatsschrift "Sprachpflege". ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Parteijargon" in der SBZ (x009/320): >>Zunächst die Fach- oder Sondersprache der SED und ihrer Apparatschiks, im Wortschatz, gelegentlich auch im Satzbau beeinflusst von der Sprache der geistigen Väter ...

Da die gesamte Literatur vom Flugblatt bis zum Dichtwerk, von der Fibel bis zum wissenschaftlichen Kompendium mit Ideologie und Politökonomie durchsetzt ist, breiten sich die Elemente des Parteijargons sowohl in der Umgangssprache wie in der Schriftsprache aus, der in Diktaturen unvermeidliche extreme Konformismus, andererseits das Tarnungsbedürfnis der Oppositionellen oder "Abseitsstehenden" fördern diese Ausbreitung, mit der sich die Sprache der SBZ schließlich qualitativ verändert und von der unseren (in Westdeutschland) fortentwickelt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Zensur" in der SBZ (x009/499): >>Nach dem Wortlaut der Verfassung findet in der SBZ "Pressezensur nicht statt", sind "die Kunst der Wissenschaft und ihre Lehre frei".

Vor- und Nachzensur durch die SMAD wurden von 1947 bis 1949 nach und nach aufgehoben, und die Kontrollfunktionen gingen auf deutsche, durchweg mit linientreuen Kommunisten besetzte Organe über.

Wie im Dritten Reich und in vielen anderen "modernen" totalitären Systemen wird mit den Methoden der Lizenzierung von Zeitungen und Zeitschriften, der Nachrichtenpolitik, der Zulassung, Anleitung und Kontrolle von Verlagen, Lektoren, Redakteuren Kulturschaffenden seitdem eine sehr wirksame Zensur ausgeübt; es werden also im allgemeinen nicht Konzepte oder Manuskripte, sondern Menschen zensiert, korrigiert und unter Umständen auch unterdrückt. Immerhin sind auch zahlreiche Fälle bekannt, in denen ausgedruckte Bücher, Zeitschriften- oder Zeitungsausgaben vor oder während der Auslieferung zurückgezogen und vernichtet oder abgeändert werden mußten.

Die Zensur der Presse funktioniert im allgemeinen so, daß Zeitungen vom Presseamt beim Ministerpräsidenten, Zeitschriften vom Ministerium für Kultur zensiert sein müssen (seit der Errichtung der DDR ist keine einzige Zeitung mehr lizenziert worden) und keine anderen Nachrichten als die des ADN bringen dürfen; die Post befördert nur periodische Druckerzeugnisse, die in der Postzeitungsliste enthalten sind; alle Druckerzeugnisse bis hinunter zu den Briefbögen und Familienanzeigen müssen vor dem Druck (aus Gründen der Papierwirtschaft) zur Genehmigung vorgelegt werden; die Genehmigung wird versagt, wenn sie nicht "den Grundsätzen des sozialistischen Aufbaus sowie den kulturpolitischen Erfordernissen" entsprechen.

Schließlich wird häufig eine Nachzensur in der Form der öffentlichen Kritik und Selbstkritik geübt, die durch gelenkte "spontane" Mißfallensäußerungen der Werktätigen erzwungen oder unterstützt werden kann und bis zum Widerruf selbst wissenschaftlicher Arbeiten führt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Russifizierung" in der SBZ (x009/374): >>In der SBZ die von der Besatzungsmacht und der SED systematisch betriebene Förderung des Vordringens russischer Kulturgüter, am eindrucksvollsten dokumentiert in den Lehrplänen und Lehrbüchern aller Schulgattungen, aber auch im Kunst- und Musikleben, auf dem Büchermarkt, in der Architektur, ja selbst in der Technik überall nachweisbar.

Russifizierung darf nicht mit Sowjetisierung verwechselt werden, geht aber Hand in Hand, indem nur solche russischen Kulturleistungen herausgestellt werden, die als "fortschrittlich" im bolschewistischen Sinne gelten oder entsprechend zurechtgemacht sind.

Da das derart verbreitete Bild vom Russentum mit der geschichtlichen Wahrheit nicht übereinstimmt, kann auch nur mit Einschränkung von echter Russifizierung gesprochen werden. ...<<

28.01.1954

BRD: Die Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung der sudetendeutschen Interessen berichtet am 28. Januar 1954, daß bei der Vertreibung über 300.000 Sudetendeutsche umgekommen sind.

Von den überlebenden 3 Millionen Sudetendeutschen leben etwa 1,9 Millionen in der Bundesrepublik Deutschland (x159/35).

04.03.1954

DDR: Gemäß Verordnung vom 4. März 1954 wird das Gewinnspiel "Lotto" eingeführt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Lotterie" in der SBZ (x009/267): >>Lotto: In der SBZ eingeführt durch Verordnung vom 4.3.1954, nachdem die Propaganda die Spieleinrichtungen der Bundesrepublik heftig angegriffen hatte.

Träger des Lottos ist der "VEB Zahlenlotto" (Leipzig), der der Aufsicht des Finanzministeriums untersteht. ...

Angeblich sollen 60 % der eingezahlten Spieleinsätze zur Gewinnausschüttung kommen und der Reinertrag entsprechend dem Aufkommen in den Bezirken anteilmäßig den Räten der Be-

zirke zur Förderung des "Nationalen Aufbauwerkes" zur Verfügung gestellt werden. ...
Ab 1958 sollen mindestens 75 % der den Bezirken im Planjahr aus Lottoeinnahmen zufließenden Beträge als Finanzierungsquelle für den volkseigenen Wohnungsbau eingesetzt werden. ...<<

25.03.1954

DDR: Die Sowjetunion gibt am 25. März 1954 eine Souveränitätserklärung für die "DDR" ab, aber die DDR bleibt weiterhin von der Sowjetunion abhängig (x009/66).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Souveränität" der DDR (x009/395-396): >>Den Anspruch auf Souveränität erhebt die SBZ seit dem 25.3.1954, seit ihr die Sowjetunion die Souveränität zusprach. ...

"Die DDR ist ein souveräner Staat, der frei nach eigenem Ermessen über seine internen und äußeren Angelegenheiten entscheidet, ohne die Rechte anderer Staaten und die allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts zu verletzen. Durch die allseitige Mitarbeit der Bevölkerung an allen politischen und wirtschaftlichen Aufgaben, durch ihre Einflußnahme auf die Gesetzgebung, Verwaltung und Justiz ist in der DDR auch zum erstenmal in der Geschichte Deutschlands die Volkssouveränität verwirklicht." –

Von einer echten demokratischen Rechtfertigung ihrer angemäßen Souveränität durch freie, geheime, unmittelbare Mehrlisten-Volkswahlen wagt das Regime der SBZ nicht zu sprechen. ...<<

31.03.1954

Rumänien: Die Arbeitslager für den Bau des Donau-Schwarzmeer-Kanals werden am 31. März 1954 allmählich aufgelöst.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet später über den Bau des Donau-Schwarzmeer-Kanals (x007/236): >>Die im Jahre 1949 begonnenen Arbeiten an dem Regierungsprojekt des Donau-Schwarzmeer-Kanals wurden fast ausschließlich von Zwangsarbeitern und Häftlingen verrichtet, die in mindestens acht Lagern unter zum Teil unerträglichen Lebensbedingungen untergebracht waren.

Unter diesen Zwangsarbeitern befanden sich auch zahlreiche Volksdeutsche, die wegen unerlaubten Grenzübertretts und anderer Delikte verurteilt oder ohne gerichtliches Urteil zur Arbeit verpflichtet worden waren. Die Verlustziffern waren sehr hoch. Die Arbeiten wurden im Jahre 1953/54 eingestellt.<<

07.04.1954

BRD: Der Bundestag lehnt den Souveränitätsanspruch der "DDR" am 7. April 1954 einstimmig ab (x156/7): >>Der Deutsche Bundestag erklärt, daß das deutsche Volk sich niemals mit der Spaltung Deutschlands abfinden und die Existenz zweier deutscher Staaten hinnehmen wird.

Er wiederholt die Feststellung, daß das kommunistische Regime in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands nur durch Gewalt existiert und keine Vertretung des deutschen Volkes ist. Die Bundesregierung als einzige demokratisch und frei gewählte deutsche Regierung ist allein berechtigt, für alle Deutschen zu sprechen.

An dieser oft bekundeten Stellungnahme hat sich durch die Erklärung der Regierung der Sowjetunion vom 25. März 1954 nichts geändert.<<

14.04.1954

DDR: Innenminister Willi Stoph, Chef der KVP, erklärt am 14. April 1954, daß er es für erforderlich hält, "... den Ungeist des Pazifismus ... entschieden zu bekämpfen" (x009/290).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Militärpolitik" der DDR (x009/290): >>Die SED konnte es damals noch nicht wagen, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen, obgleich diese zu den grundsätzlichen Forderungen marxistisch-leninistischer Militärpolitik gehört.

Die Propaganda für die Militärpolitik stößt weiterhin auf den Widerwillen der Bevölkerung ...<<

24.04.1954

BRD: Der Zentralverband der vertriebenen Deutschen fordert am 24. April 1954 die Wiedervereinigung des Landes (x155/45): >>Die Wiedervereinigung Deutschlands muß in Zukunft das erste und oberste Ziel der deutschen Politik sein. ...

Dem ersten Schritt, der Vereinigung von Bundesrepublik und Sowjetzone, muß die Rückgabe der Heimat an die Vertriebenen nachfolgen.

Die Bundesregierung hat die Aufgabe, das Unrecht der Vertreibung und den Anspruch der Vertriebenen auf Wiedergutmachung klarer und energischer als bisher im Bewußtsein des deutschen Volkes und der ganzen Welt wachzuhalten und zu verteidigen.

Jeder Deutsche ist aufgerufen, für die friedliche Erreichung dieses Zieles mit ganzer Kraft einzutreten.<<

Der Zentralverband der vertriebenen Deutschen kritisiert ferner die Regelung der "Saarfrage" (x155/45): >>Die Saar ist ein Bestandteil des Deutschen Reiches genauso wie die reichsdeutschen Vertreibungsgebiete östlich der Oder-Neiße. ...

Die Vertriebenen bestehen darauf, daß deutsche Rechte auf die Saar nicht preisgegeben werden. Eine Europäisierung der Saar ist nur möglich im Zuge einer gesamteuropäischen Entwicklung. ...<<

06.05.1954

DDR: Die SED-Regierung beginnt am 6. Mai 1954 mit einer Ferienaktion für westdeutsche Kinder.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Ferienaktion" in der SBZ (x009/126): >>Die SED, die Staatsbehörden, die FDJ samt ihrer "Pionierorganisation Ernst Thälmann" und der FDGB veranstalten alljährlich große Ferienlager für Schüler und andere Jugendliche.

Für diese Lager in Zelten, Baracken und Heimen wenden SED, Staat und Massenorganisationen viele Millionen auf.

In der "Anordnung über die Gestaltung froher Ferientage für alle Kinder in der DDR" vom 4.3.1957 heißt es: "Die Kinderferiengestaltung ... dient vor allem der Erholung der Kinder und trägt zur sozialistischen Erziehung bei." Der "Einfluß der Arbeiterklasse" soll gesichert werden, unterstützt durch "die Tätigkeit der FDJ" und der "Pionierorganisation Ernst Thälmann". § 4 bestimmt: "Der zentrale Ausschuß für Kinderferiengestaltung ist für die Anleitung und Kontrolle der Kinderferiengestaltung verantwortlich." Er wird gelenkt vom Amt für Jugendfragen, das dem Ministerium für Volksbildung untersteht.

Mit dieser Propagandaeinrichtung sucht die SED seit 1954 (mit Hilfe ihrer Tarnorganisationen) auch Kinder aus der Bundesrepublik zu erfassen. Dafür warb, im Auftrag des Amtes für Jugendfragen, die Organisation "Frohe Ferien für alle Kinder" (in Düsseldorf), die am 1.7.1961 in der Bundesrepublik als verfassungswidrig verboten wurde. ...<<

07.05.1954

Vietnam: Die französischen Truppen der Festung Dien Bien Phu kapitulieren am 7. Mai 1954.

Damit geht der letzte französische Stützpunkt verloren. Frankreichs Kolonialherrschaft in Indochina wird dadurch endgültig beendet.

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über die politische Entwicklung Vietnams (x192/457): >>... In Indochina, das wieder seinen alten Namen Vietnam erhielt, endete ein Befreiungskrieg 1954 mit der Niederlage der Franzosen bei Dien Bien Phu; auch hier wurde das Land (wie in Korea) in einen kommunistischen Norden und einen kapitalistischen Süden geteilt.

Als der kommunistische Norden ab 1957 Übergriffe gegen den Süden startete, erhielt dieser von den USA Militärhilfe. Im Verlauf der sechziger Jahre schlitterte Amerika in einen langen und mit größter Brutalität geführten Krieg, in dem es eine halbe Million Soldaten einsetzte, um "den Vormarsch des Kommunismus zu stoppen". ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über das politische Schicksal Vietnams (x068/331-332): >> Vietnam, das "Land des Südens", an der Ost- und Südostküste Hinterindiens gelegen, ging aus dem Bestand von Französisch-Indochina während der japanischen Besetzung im Zweiten Weltkrieg hervor. Die erst nationalistische, dann kommunistische Bewegung der Viet Minh befreite durch ihre Revolution 1945 große Landesteile von den Besatzern und der mit diesen verbündeten französischen Administration.

Am 2. September konstituierte sich die Demokratische Republik Vietnam unter Präsident Ho Chi Minh, bereits gegen Mitte dieses Monats aber setzte der Gegenangriff der Franzosen ein, unterstützt von Großbritannien, Nationalchina und den USA, die ab 1950 die Kriegskosten Frankreichs bis zu 80 % finanzierten. Nach schweren Verlusten wird der immer blutigere Formen annehmende Indochinakrieg 1954 durch die Genfer Ostasienkonferenz beendet. Vietnam bricht - man erinnere sich an Korea - in zwei Teile auseinander, wobei Süd-Vietnam unter das Regiment von Ngo Dinh Diem gerät.

Diem hatte sich von 1950 bis 1953 als Laienbruder in einem katholischen Kloster der USA auf seine Helden- und schließlich Märtyrerrolle vorbereitet. Von kirchlichen und politischen Kreisen empfohlen, wird er 1954 Ministerpräsident, 1955 Staatspräsident Süd-Vietnams. Er schant jetzt, gut katholisch, sämtliche Schlüsselpositionen der eigenen Familie zu; sein Bruder Monsignore Pierre Ngo Dinh Thuc, der Erzbischof von Hue, flüchtet später nach Rom. Er selbst, dem Vize-Präsident Johnson "bewundernswerte Qualitäten" attestiert, "aber wenig Kontakt zur Bevölkerung" (da er sie schamlos ausbeutete), wird viele Jahre von den USA gestützt und hochgehalten.

Allmählich aber kompromittieren diese die terroristischen Exzesse, die Konzentrationslager, Kerker, Menschenjagden des einstigen Klosterbruders derart vor der ganzen Welt, daß Präsident Kennedy die Ermordung des südvietnamesischen Regierungschefs - sie erfolgt am 1. November 1963, drei Wochen vor seiner eigenen - zumindest absegnet, wenn nicht, wie oft behauptet, selbst befiehlt.

Schon Eisenhower hatte Diem die Unterstützung seiner Regierung versprochen "beim Aufbau" gegen alle "Subversion oder Aggression" der bösen Kommunisten. Und schickte ihm auch Jahr für Jahr durchschnittlich 300 Millionen Dollar zur Stärkung.

Noch mehr aber engagierte sich Nachfolger Kennedy, den das Vietnam-Problem zuletzt mehr als alles andere in Asien beschäftigt hat, ja, er heizte das Feuer dieses Krieges mehr als jeder andere an, und seine nächste Umgebung schürte es mit.

Vizepräsident Johnson (in Vietnam, Formosa, Thailand im Frühjahr 1961) war voller Optimismus, empfahl die Stabilisierung der Lage, ein massives Engagement, lasse sich da doch überall "ein gesundes System" schaffen, um "der kommunistischen Flut zu widerstehen und sie zurückzudrängen".

Und auch für Verteidigungsminister Robert McNamara, von Kennedy besonders geschätzt, deutete bei seiner Vietnam-Visite 1962 alles darauf hin, "daß wir diesen Krieg gewinnen."

So schickte bereits Kennedy ganze Scharen von "Militärberatern" - man spricht von 20.000 - nach Süd-Vietnam, darunter viele Veteranen aus dem Korea-Krieg, dazu "die Waffen des modernen Krieges, von der Schreibmaschine bis zum Hubschrauber" (Schlesinger). Und natürlich kämpften diese Berater bereits mit der südvietnamesischen Armee. ...<<

26.05.1954

BRD: Die Bundesregierung verkündet am 26. Mai 1954 das Gesetz über die Feststellung des

Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1954 (x182/219): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 24,2 Milliarden DM entfallen 31,9 % auf Sozialleistungen und 33,2 % auf Besatzungskosten.<<

Ein US-Gericht der Alliierten Hochkommission verurteilt am 26. Mai 1954 den Leiter des tschechischen Lagers Budweis, Vaclav Hrneck (der nach Westdeutschland geflohen war), zu 8 Jahren Freiheitsentzug (x025/59).

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas schreibt später über dieses Urteil (x028/143): >>... Das Gericht begründete sein Urteil – acht Jahre Freiheitsentzug - mit der bewiesenen Tatsache, daß Budweis auf verbrecherische und grausame Weise geleitet worden und - wenn auch ohne Gaskammern und systematische Liquidation der Menschen - ein Schreckensort gewesen war, wo Menschenleben und Menschenwürde nichts galten.

Das Gericht wies dann hin auf die Unparteilichkeit demokratischer Rechtsverfahren, die einen Mann wie Hrneck bestrafen müsse, wenn auch alle seine Opfer Deutsche gewesen waren - und zwar schwer bestrafen, um vom Sadismus abzuschrecken.<<

27.05.1954

Frankreich: In Paris unterzeichnen die Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Italiens, Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs am 27. Mai 1954 den Vertrag zur Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft -EVG- (x155/45).

10.06.1954

DDR: Am 10. Juni 1954 wird die "Verordnung über den Arbeitseinsatz von Strafgefangenen" erlassen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den Arbeitseinsatz von Strafgefangenen (x009/431): >>... (Durch diese Verordnung) wurde ... "das Ministerium des Innern ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Generalstaatsanwalt der DDR, dem Ministerium der Justiz, dem Ministerium der Finanzen den Arbeitseinsatz von Strafgefangenen in eigener Zuständigkeit neu zu regeln".

Damit hat die Volkspolizei - das Referat "Produktion" in den Bezirksverwaltungen Strafvollzug - eine Generalvollmacht zur Festsetzung der Arbeitsbedingungen für Strafgefangene und der Vergünstigungen erhalten.<<

14.06.1954

BRD: In Bad Neuenahr gründet der Gesamtdeutsche Minister Jakob Kaiser am 14. Juni 1954 das Kuratorium "Unteilbares Deutschland", um die Wiedervereinigung Deutschlands zu unterstützen.

In der Gründungserklärung heißt es (x024/263): >>Seit fast einem Jahrzehnt ist Deutschland in mehrere Teile zerrissen. Millionen Deutsche sind aus ihrer Heimat vertrieben. Millionen Deutsche müssen unter der Herrschaft des Zwanges und des Unrechts leben.

Im eigenen Land ist es den Deutschen durch Zonen- und Sektorengrenzen noch immer verwehrt, einander frei und ungehindert zu begegnen. Das natürliche Recht eines jeden Volkes auf menschliche und staatliche Gemeinschaft wird dem deutschen Volk noch immer vorenthalten. Alle Bemühungen seit 1945, ein freies und geeintes Deutschland wiederherzustellen, blieben bisher vergeblich. Die Zerreißung unseres Volkes und Landes wurde vielmehr weiter verschärft.

Wir können aber nicht erwarten, daß uns die Welt dazu verhilft, wenn wir nicht selber alles an die Wiedererlangung unserer Einheit setzen. Die unterzeichneten Männer und Frauen haben es sich deshalb zur Aufgabe gemacht, den Willen zur Wiedervereinigung in allen Kreisen unseres Volkes zu stärken. ...<<

17.06.1954

DDR: Die SED gründet Am 17. Juni 1954 die atheistische "Gesellschaft zur Verbreitung wis-

senschaftlicher Kenntnisse".

15.07.1954

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 15. Juli 1954 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/137): >>15. Juli 1954. Fast 500 Sträflinge aus dem Zuchthaus Waldheim wurden in Friedland empfangen, registriert, versorgt, weitergeleitet.

Es waren stille Menschen ohne viele Worte. Verschlossen, mißtrauisch, scheu – so kamen sie an, so gingen sie weiter.<<

17.07.1954

BRD: Bundespräsident Theodor Heuss wird am 17. Juli 1954 zum 2. Mal gewählt.

20.07.1954

BRD: Bundespräsident Theodor Heuss würdigt am 20. Juli 1954 während einer Gedenkrede die Opfer der deutschen Widerstandsbewegung und erklärt, daß die Scham, in die Hitler alle Deutschen gezwungen hätte, durch das Blut der Widerstandskämpfer vom besudelten deutschen Namen wieder weggewischt wurde.

30.08.1954

Frankreich: Die französische Nationalversammlung verwirft am 30. August 1954 den Vertrag zur Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG).

Der EVG-Vertrag sieht eine vollständige Integration der Soldaten und Kriegsmaterial sowie ein Aufgehen der nationalen Armeen in eine europäische Armee vor (x155/45).

03.10.1954

Großbritannien: In der Schlußakte der "Londoner Neun-Mächte-Konferenz" (28. September bis 3. Oktober 1954) wird die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in das westliche Verteidigungssystem bestätigt (x156/81): >>... II. Brüsseler Vertrag ...

a) Die Bundesrepublik Deutschland und Italien werden aufgefordert werden, dem Vertrag beizutreten, der in geeigneter Weise geändert wird, um dem Ziel der europäischen Einheit Nachdruck zu verleihen; die beiden Staaten haben sich zu diesem Beitritt bereit erklärt. Das System der gegenseitigen automatischen Beistandsleistung im Angriffsfall wird damit auf die Bundesrepublik Deutschland und Italien ausgedehnt. ...

Der Umfang und die allgemeine Beschaffenheit des deutschen Verteidigungsbeitrags werden dem für die EVG festgesetzten Beitrag entsprechen. ...

Der Bundeskanzler erklärt, daß sich die Bundesrepublik verpflichtet, auf ihrem Gebiet keine Atomwaffen, chemische Waffen oder biologische Waffen herzustellen. ...<<

Bundeskanzler Adenauer verpflichtet sich ferner in der "Londoner Erklärung", die Wiedervereinigung Deutschlands oder Änderung der gegenwärtigen Grenzen niemals mit gewaltsamen Mitteln herbeizuführen (x125/94-95).

04.10.1954

BRD: Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 4. Oktober 1954 an den britischen Premierminister Churchill (x095/177): >>... Auf der Neunmächtekonferenz in London ist die so stark gefährdete Einheit der westlichen Welt wiederhergestellt worden.

Für die Bundesrepublik bedeutet diese Konferenz zugleich einen entscheidenden Schritt vorwärts auf dem Wege zur Wiederherstellung ihrer Souveränität und ihrer Aufnahme in die beiden großen Vertragssysteme der westlichen Welt, den Pakt von Brüssel und die nordatlantische Organisation.

Damit wird, sobald die Verträge ratifiziert sind, die Bundesrepublik Deutschland ihren Platz als ein gleichverpflichteter und gleichberechtigter Partner innerhalb der freien Welt finden.

...<

05.10.1954

BRD: Bundeskanzler Adenauer unterrichtet den Bundestag am 5. Oktober 1954 über den Abschluß der "Londoner Neun-Mächte-Konferenz" (x156/82-83): >>... Es wird in aller Deutlich-

keit klargestellt werden können, daß die Bundesrepublik die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten haben wird. Die Notstandsklausel entfällt. ... Ein neuer Truppenvertrag nach dem Modell des NATO-Truppenstatus wird ausgehandelt werden, um den Truppenvertrag des Bonner Vertragswerks abzulösen.

Auf finanziellem Gebiet ist es gelungen, zu einer Gesamtvereinbarung zu kommen, die das Auslaufen des Besatzungskostenrechts, die Stationierungsverhältnisse während der Interimszeit und gewisse Finanzfragen für die Zeit nach dem NATO-Eintritt regelt. Die Bundesrepublik wird schnell auch finanziell den Status aller übrigen NATO-Staaten erhalten. Es ist Sorge getragen, daß über alle Verpflichtungen neu verhandelt wird, wenn der Eintritt in die NATO nicht bis zum 30. Juni 1955 vollzogen sein sollte. ...

Das Ergebnis von London erfüllt uns mit Genugtuung und Hoffnung. Die Tatsache, daß unsere Außenpolitik eine Zeit schwerer Erschütterungen überwinden konnte, scheint mir ein sicherer Beweis zu sein, daß ihre Grundkonzeption richtig war und ist. Ich halte es für notwendig, daß wir uns in dieser Stunde noch einmal vergegenwärtigen, welche Ziele unser außenpolitisches Handeln in den letzten Jahren bestimmt haben.

Als die Bundesregierung ihre Arbeit aufnahm, ergaben sich folgende zentrale Probleme:

1. Die Herstellung der Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Bundesrepublik.
2. Die Wiedervereinigung Deutschlands.
3. Der Zusammenschluß des freien Europas und die Eingliederung Deutschlands in die europäische Gemeinschaft. ...

... Der europäische Gedanke hat unser nationales Leben tiefgehend und in der glücklichsten Weise beeinflußt. Die Deutschen haben dem reaktionären Nationalismus abgesagt. Sie haben in vielen Wahlen die extremen politischen Auffassungen zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Das deutsche Volk ist auch der Bundesregierung gefolgt, als sie sich mit aller Kraft für das Zustandekommen der EVG eingesetzt hat. ...

Ich wiederhole deshalb die Erklärung, die ich den 9 Mächten gegenüber abgegeben habe, daß die Bundesregierung bereit ist, ihre Streitkräfte in eine integrierte europäische Organisation zu überführen, sobald eine solche geschaffen wird. ...<<

18.10.1954

BRD: Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 18. Oktober 1954 an den US-Politiker McCloy – von 1949-1952 Hoher Kommissar in Deutschland - (x095/179-180): >>... Das Zustandekommen des Londoner Abkommens ist zweifellos durch die tatkräftige Unterstützung der amerikanischen Regierung entscheidend gefördert worden. Ich darf dies mit Dankbarkeit feststellen.

Über diesem bedeutenden außenpolitischen Erfolg soll jedoch nicht vergessen werden, daß die Wiederbewaffnung dem deutschen Volke neue schwere finanzielle Lasten aufbürdet. Dieses wiegt um so schwerer, weil es trotz aller vom Ausland anerkannten Anstrengungen noch nicht gelungen ist, alle in das Bundesgebiet eingeströmten Heimatvertriebenen in das Wirtschaftsleben der Bundesrepublik einzugliedern. Die Aufgabe wird durch den laufenden Zustrom neuer Flüchtlinge aus der Sowjetzone noch weiter erschwert.

Ich habe wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß dieses Problem mit deutschen Mitteln allein nicht gelöst werden kann. Die Bundesrepublik ist, wenn das immer noch bestehende Elend vieler Vertriebenen und Flüchtlinge beseitigt werden soll, auf die finanzielle Hilfe des Auslandes angewiesen.

Ich darf mir daher die Bitte erlauben, daß Sie Ihren weitreichenden Einfluß geltend machen möchten, um der Bundesrepublik eine amerikanische Anleihe zu beschaffen, die mit dazu beitragen könnte, das Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem bald und endlich zu lösen. Hierbei danke ich an eine Anleihe in der Größenordnung von etwa 100 Mio. Dollar. Ich darf dabei der Überzeugung Ausdruck geben, daß auch Sie es aus vielerlei Gründen als notwendig ansehen

werden, daß eine Lösung des Vertriebenen- und Flüchtlingsproblems in Aussicht steht, wenn man an den Aufbau deutscher Streitkräfte herangeht. ...<<

23.10.1954

Frankreich: Während der "Pariser Konferenz" (19. bis 23. Oktober) wird der sog. "Deutschlandvertrag" (Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA, Großbritannien und Frankreich) vom 26. Mai 1952 geändert.

Die westlichen Siegermächte beschließen ein "Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes" in der Bundesrepublik Deutschland und wandeln den am 17.03.1948 gegründeten Brüsseler Beistandspakt (zwischen Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Belgien und Luxemburg) in die Westeuropäische Union (WEU) um. Die Bundesrepublik Deutschland und Italien werden 1954 Mitglieder der WEU.

Die Pariser Verträge regeln ferner auch die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die NATO (Ermächtigung zur Aufstellung von Truppen im Rahmen der NATO).

Der französische Ministerpräsident Mendes-France und Bundeskanzler Adenauer unterzeichnen in Paris außerdem ein Abkommen über das sog. "Saarstatut" (politische Autonomie, aber völkerrechtliche Vertretung durch die Westeuropäische Union und wirtschaftliche Bindung an Frankreich).

Das Pariser Protokoll vom 23. Oktober 1954 über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland lautet wie folgt (x101/203-209):

>>**Vertrag**

**über die Beziehungen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und den Drei Mächten**

(in der gemäß Liste I zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung.)

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND,

DIE VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA,

DAS VEREINIGTE KÖNIGREICH VON GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND

und

DIE FRANZÖSISCHE REPUBLIK

HABEN zur Festlegung der Grundlagen ihres neuen Verhältnisses den folgenden Vertrag geschlossen:

Artikel 1

(1) Mit dem Inkrafttreten dieses Vertrags werden die Vereinigten Staaten von Amerika, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland und die Französische Republik (in diesem Vertrag und in den Zusatzverträgen auch als "Drei Mächte" bezeichnet) das Besatzungsregime in der Bundesrepublik beenden, das Besatzungsstatut aufheben und die Alliierte Hohe Kommission sowie die Dienststellen der Landeskommissare in der Bundesrepublik auflösen.

(2) Die Bundesrepublik wird demgemäß die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten haben.

Artikel 2

Im Hinblick auf die internationale Lage, die bisher die Wiedervereinigung Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrags verhindert hat, behalten die Drei Mächte die bisher von ihnen ausgeübten oder innegehabten Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung. Die von den Drei Mächten beibehaltenen Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf die Stationierung von Streitkräften in Deutschland und der Schutz der Sicherheit dieser Streitkräfte bestimmen sich nach den Artikeln 4 und 5 dieses

Vertrags.

Artikel 3

(1) Die Bundesrepublik wird ihre Politik in Einklang mit den Prinzipien der Satzung der Vereinten Nationen und mit den im Statut des Europarates aufgestellten Zielen halten.

(2) Die Bundesrepublik bekräftigt ihre Absicht, sich durch ihre Mitgliedschaft in internationalen Organisationen, die zur Erreichung der gemeinsamen Ziele der freien Welt beitragen, mit der Gemeinschaft der freien Nationen völlig zu verbinden. Die Drei Mächte werden zu gegebener Zeit Anträge der Bundesrepublik unterstützen, die Mitgliedschaft in solchen Organisationen zu erlangen.

(3) Bei Verhandlungen mit Staaten, mit denen die Bundesrepublik keine Beziehungen unterhält, werden die Drei Mächte die Bundesrepublik in Fragen konsultieren, die deren politische Interessen unmittelbar berühren.

(4) Auf Ersuchen der Bundesregierung werden die Drei Mächte die erforderlichen Vorkehrungen treffen, die Interessen der Bundesrepublik in ihren Beziehungen zu anderen Staaten und in gewissen internationalen Organisationen oder Konferenzen zu vertreten, soweit die Bundesrepublik dazu nicht selbst in der Lage ist.

Artikel 4

(1) Bis zum Inkrafttreten der Abmachungen über den deutschen Verteidigungsbeitrag behalten die Drei Mächte weiterhin ihre bisher ausgeübten oder innegehabten Rechte in bezug auf die Stationierung von Streitkräften in der Bundesrepublik. Die Aufgabe dieser Streitkräfte wird die Verteidigung der freien Welt sein, zu der die Bundesrepublik und Berlin gehören. Vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 5 Absatz (2) dieses Vertrags bestimmen sich die Rechte und Pflichten dieser Streitkräfte nach dem Vertrag über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland (im folgenden als "Truppenvertrag" bezeichnet), auf den in Artikel 8 Absatz (1) dieses Vertrags Bezug genommen ist.

(2) Die von den Drei Mächten bisher ausgeübten oder innegehabten und weiterhin beizubehaltenden Rechte in bezug auf die Stationierung von Streitkräften in Deutschland werden von den Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt, soweit sie für die Ausübung der im ersten Satz des Artikels 2 dieses Vertrags genannten Rechte erforderlich sind. Die Bundesrepublik ist damit einverstanden, daß vom Inkrafttreten der Abmachungen über den deutschen Verteidigungsbeitrag an Streitkräfte der gleichen Nationalität und Effektivstärke wie zur Zeit dieses Inkrafttretens in der Bundesrepublik stationiert werden dürfen.

Im Hinblick auf die in Artikel 1 Absatz (2) dieses Vertrags umschriebene Rechtsstellung der Bundesrepublik und im Hinblick darauf, daß die Drei Mächte gewillt sind, ihre Rechte betreffend die Stationierung von Streitkräften in der Bundesrepublik, soweit diese betroffen ist, nur in vollem Einvernehmen mit der Bundesrepublik auszuüben, wird diese Frage in einem besonderen Vertrag geregelt.

Artikel 5

(1) Für die in der Bundesrepublik stationierten Streitkräfte gelten bis zum Inkrafttreten der Abmachungen über den deutschen Verteidigungsbeitrag die folgenden Bestimmungen:

(a) Die Drei Mächte werden die Bundesregierung in allen die Stationierung dieser Streitkräfte betreffenden Fragen konsultieren, soweit es die militärische Lage erlaubt. Die Bundesrepublik wird nach Maßgabe dieses Vertrags und der Zusatzverträge im Rahmen ihres Grundgesetzes mitwirken, um diesen Streitkräften ihre Aufgabe zu erleichtern.

(b) Die Drei Mächte werden nur nach vorheriger Einwilligung der Bundesrepublik Truppen eines Staates, der zur Zeit keine Kontingente stellt, als Teil ihrer Streitkräfte im Bundesgebiet stationieren. Jedoch dürfen solche Kontingente im Falle eines Angriffs oder unmittelbar drohenden Angriffs ohne Einwilligung der Bundesrepublik in das Bundesgebiet gebracht werden,

dürfen dagegen nach Beseitigung der Gefahr nur mit Einwilligung der Bundesrepublik dort verbleiben.

(2) Die von den Drei Mächten bisher innegehabten oder ausgeübten Rechte in bezug auf den Schutz der Sicherheit von in der Bundesrepublik stationierten Streitkräften, die zeitweilig von den Drei Mächten beibehalten werden, erlöschen, sobald die zuständigen deutschen Behörden entsprechende Vollmachten durch die deutsche Gesetzgebung erhalten haben und dadurch in Stand gesetzt sind, wirksame Maßnahmen zum Schutz der Sicherheit dieser Streitkräfte zu treffen, einschließlich der Fähigkeit, einer ernstlichen Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu begegnen.

Soweit diese Rechte weiterhin ausgeübt werden können, werden sie nur nach Konsultation mit der Bundesregierung ausgeübt werden, soweit die militärische Lage eine solche Konsultation nicht ausschließt, und wenn die Bundesregierung darin übereinstimmt, daß die Umstände die Ausübung derartiger Rechte erfordern. Im übrigen bestimmt sich der Schutz der Sicherheit dieser Streitkräfte nach den Vorschriften des Truppenvertrags oder den Vorschriften des Vertrags, welcher den Truppenvertrag ersetzt, und nach deutschem Recht, soweit nicht in einem anwendbaren Vertrag etwas anderes bestimmt ist.

Artikel 6

(1) Die Drei Mächte werden die Bundesrepublik hinsichtlich der Ausübung ihrer Rechte in bezug auf Berlin konsultieren.

(2) Die Bundesrepublik ihrerseits wird mit den Drei Mächten zusammenwirken, um es ihnen zu erleichtern, ihren Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin zu genügen.

Artikel 7

(1) Die Unterzeichnerstaaten sind darüber einig, daß ein wesentliches Ziel ihrer gemeinsamen Politik eine zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland ist, welche die Grundlage für einen dauerhaften Frieden bilden soll. Sie sind weiterhin darüber einig, daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu dieser Regelung aufgeschoben werden muß.

(2) Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung werden die Unterzeichnerstaaten zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist.

(3) (gestrichen)

(4) Die Drei Mächte werden die Bundesrepublik in allen Angelegenheiten konsultieren, welche die Ausübung ihrer Rechte in bezug auf Deutschland als Ganzes berühren.

Artikel 8

(1) (a) Die Unterzeichnerstaaten haben die folgenden Zusatzverträge geschlossen:

Vertrag über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland;

Finanzvertrag;

Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen.

(b) Der Vertrag über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland und das am 26. Mai 1952 in Bonn unterzeichnete Abkommen über die steuerliche Behandlung der Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der durch das Protokoll vom 26. Juli 1952 abgeänderten Fassung bleiben bis zum Inkrafttreten neuer Vereinbarungen über die Rechte und Pflichten der Streitkräfte der Drei Mächte und sonstiger Staaten, die Truppen auf dem Gebiet der Bundesrepublik unterhalten, in Kraft.

Die neuen Vereinbarungen werden auf der Grundlage des in London am 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikpakts über den Status ihrer Streitkräfte unterzeichneten Abkommens getroffen, ergänzt durch diejenigen Bestimmungen, die im Hinblick auf die be-

sonderen Verhältnisse in bezug auf die in der Bundesrepublik stationierten Streitkräfte erforderlich sind.

(c) Der Finanzvertrag bleibt bis zum Inkrafttreten neuer Vereinbarungen in Kraft, über die gemäß Artikel 4 Absatz (4) jenes Vertrags mit anderen Mitgliedstaaten der Nordatlantikpakt-Organisation verhandelt wird, die Truppen im Bundesgebiet stationiert haben.

(2) Während der in Artikel 6 Absatz (4) des Ersten Teils des Vertrags zur Regelung aus Krieg- und Besetzung entstandener Fragen vorgesehenen Übergangszeit bleiben die in jenem Absatz erwähnten Rechte der drei Unterzeichnerstaaten erhalten.

Artikel 9

(1) Es wird ein Schiedsgericht errichtet werden, das gemäß den Bestimmungen der beigefügten Satzung tätig werden wird.

(2) Das Schiedsgericht ist ausschließlich zuständig für alle Streitigkeiten, die sich zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten aus den Bestimmungen dieses Vertrags oder der beigefügten Satzung oder eines der Zusatzverträge ergeben und welche die Parteien nicht durch Verhandlungen oder auf eine andere zwischen allen Unterzeichnerstaaten vereinbarte Weise beizulegen vermögen, soweit sich nicht aus Absatz (3) dieses Artikels oder aus der beigefügten Satzung oder aus den Zusatzverträgen etwas anderes ergibt.

(3) Streitigkeiten, welche die in Artikel 2, den ersten beiden Sätzen des Absatzes (1) des Artikels 4, dem ersten Satz des Absatzes (2) des Artikels 4 und den ersten beiden Sätzen des Absatzes (2) des Artikels 5 angeführten Rechte der Drei Mächte oder Maßnahmen auf Grund der Rechte berühren, unterliegen nicht der Gerichtsbarkeit des Schiedsgerichtes oder eines anderen Gerichtes.

Artikel 10

Die Unterzeichnerstaaten überprüfen die Bestimmungen dieses Vertrags und der Zusatzverträge:

(a) auf Ersuchen eines von ihnen im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands oder einer unter Beteiligung oder mit Zustimmung der Staaten, die Mitglieder dieses Vertrags sind, erzielten internationalen Verständigung über Maßnahmen zur Herbeiführung der Wiedervereinigung Deutschlands oder der Bildung einer europäischen Föderation, oder

(b) in jeder Lage, die nach Auffassung aller Unterzeichnerstaaten aus einer Änderung grundlegenden Charakters in den zur Zeit des Inkrafttretens des Vertrags bestehenden Verhältnissen entstanden ist.

In beiden Fällen werden sie in gegenseitigem Einvernehmen diesen Vertrag und die Zusatzverträge in dem Umfang ändern, der durch die grundlegende Änderung der Lage erforderlich oder ratsam geworden ist.

Artikel 11

(1) (gestrichen)

(2) (gestrichen)

(3) Dieser Vertrag und die Zusatzverträge werden in den Archiven der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt; diese wird jedem Unterzeichnerstaat beglaubigte Ausfertigungen übermitteln und jeden Unterzeichnerstaat vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Vertrags und der Zusatzverträge in Kenntnis setzen.

ZU URKUND DESSEN haben die Unterzeichneten von ihren Regierungen gehörig beglaubigten Vertreter diesen Vertrag unterschrieben.

Geschehen zu BONN am sechszwanzigsten Tage des Monats Mai 1952 in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei alle drei Fassungen gleichermaßen authentisch sind.

Für die Bundesrepublik Deutschland gezeichnet:

Adenauer

Für das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland gezeichnet:
Anthony Eden

Für die Vereinigten Staaten von Amerika gezeichnet:
Dean Acheson

Für die Französische Republik gezeichnet:
Robert Schuman<<

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schreibt später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die US-Deutschlandpolitik (x306/173-177): >>**Bundesrepublik im Abstieg**

Harry S. Truman (1945-1952) war unter den Nachfolgern Roosevelts der einzige, dessen Stern nicht im Kometenschweif des Schmiedes der amerikanisch-sowjetischen Allianz aufging. Der Vizepräsident Truman wurde vom revoltierenden demokratischen Parteiapparat Roosevelt 1944 für seine vierte Präsidentschaft aufgenötigt. Roosevelt ließ seinen Schützling Wallace zugunsten Trumans fallen, um nicht durch die Unzufriedenheit seiner Partei an der Verfolgung der großen Pläne, mit denen er stand und fiel, gehindert zu werden. Er stellte Truman nach der Präsidentenwahl unverzüglich kalt.

Dwight D. Eisenhower (1953-1960) war noch 1941 ein unbekannter Oberstleutnant - zwei Jahre später wurde er zum Oberkommandierenden der Alliierten Expeditionsstreitkräfte in Europa ernannt. Er hatte in wenigen Monaten durch eine Blitzkarriere zahlreiche rangältere Generäle überrundet. Ob die Version stimmt, daß Eisenhower anlässlich einer Hotelöffnung in seiner Garnison Roosevelts Tochter Anna Boettiger kennengelernt und deren Protektion erworben habe, oder nicht, eines ist unbestreitbar: wenn es einen amerikanischen General gegeben hat, der als Roosevelt General bezeichnet werden konnte, war es Eisenhower.

John F. Kennedy (1961-1963) wurde (als Ersatz für seinen gefallenen Bruder) von seinem Vater Joseph Kennedy zum Kandidaten der Familie für die Präsidentschaft bestimmt. Er hätte niemals kandidieren können, wenn sein Vater nicht in der Demokratischen Partei eine Schlüsselstellung eingenommen hätte, die er der Tatsache verdankte, daß er einer der wenigen Geschäftsleute gewesen war, die Roosevelt von Anfang an unterstützt hatten.

Der Grund hierfür war, daß Roosevelt nicht nur das Regime der Industriellen beendete, sondern auch die Prohibition. Da Kennedy jedoch größere Mengen Whisky als Apothekenware nach Amerika importiert hatte, war Roosevelts Wahl (und die Aufhebung der Prohibition) für ihn ein lohnendes Geschäft.

Lyndon B. Johnson (ab 1963) war ein weißer (d.h. liberaler) Rabe unter den reaktionären, aber für die Demokratische Partei wichtigen Südstaatlern. So erhielt er jede Protektion, die Roosevelt zu vergeben in der Lage war. In der Lebensgeschichte aller Nachfolger Trumans spukt der Geist des verblichenen Roosevelts, der sich in ihrer Deutschlandpolitik stets aufs Neue zu manifestieren droht. In Roosevelts Weltsystem war Deutschland der Platz eines alliierten Kondominiums minderen Rechtes und minderen Lebensstandards zugewiesen worden. Dreimal täglich Suppe sei genügend, damit die Deutschen Leib und Seele zusammenhielten.

Die dem Aufstieg auf einen steilen Berg (dem Berg der Läuterung Dantes?) vergleichbaren Anstrengungen der Vergangenheitsbewältigung und moralischen Prüfung unter alliierter Aufsicht würden so beschwerlich, daß die Deutschen zu erschöpft sein würden, um noch ein Gewehr zu tragen. Der Friede beruhe auf dem Zusammenwirken der drei (oder vier oder fünf) Großmächte.

Die anglo-amerikanisch-sowjetische Kriegsallianz bilde auch das Fundament der Friedensordnung, da sie in Krieg und Frieden die gleichen moralischen Prinzipien verkörpere. Als

Roosevelt nicht lange nach dem Antritt seiner vierten Präsidentschaft starb, zerfiel die innenpolitische Kräftegruppierung, die seine Politik getragen hatte und die durch Roosevelt persönlich zusammengehalten worden war.

Aus dem System der Roosevelt'schen Weltpolitik herausgelöst, ergaben deren einzelne Elemente keinen Sinn mehr. Sie wurden Stück für Stück in Zweifel gezogen. Auch Roosevelts Deutschlandpolitik mußte einer Revision unterzogen werden. Die Isolierung Deutschlands und die Verhängung von Strafe und Bewährung für Verfehlungen gegen jene Moral, die in Politik und Privatleben ein und dieselbe sei, mußte jenen, die in der Politik etwas anderes als einfach eine Unterabteilung der Moral sahen, als eine allzu kostspielige Rache erscheinen. Da sich nach Roosevelts Tod die Maßstäbe geändert hatten, schienen die alten Berechnungen nicht zu stimmen.

Und doch war Roosevelts System nicht endgültig begraben. 15 Jahre nach seinem Tode war durch die waffentechnische Entwicklung eine Situation heraufbeschworen worden, in der das Zusammenwirken der gleichen drei (oder vier oder fünf) Großmächte, die sich gemäß Roosevelts System nach Entwaffnung der übrigen Staaten in die Weltherrschaft teilen sollten, sich wegen der Gefahr der atomaren Selbstvernichtung beinahe von selbst wiederaufdrängte.

Die gleichen Großmächte begannen - diesmal in ihrer Eigenschaft als Atomkräfte - den Abstand, den sie in Jalta durch ihren Löwenanteil bei dem Kriegseinsatz gerechtfertigt hatten, gegenüber der Restwelt wiederherzustellen. Daß die machtpolitisch richtungspolitischen und intellektuellen Bestandteile von Roosevelts System zusammenhingen, erwies sich, als mit dem neuen Konzert der Groß und Atomkräfte auch die lange versunken geglaubten Begleitideen der alliierten Kriegskoalition wiederauftauchten, nicht zuletzt ihre Ideen über Deutschland.

Wirkte sich das neue Klima, das in vielem das alte aus den Tagen Roosevelts war, rund um den Globus in einer Linksverschiebung aus, so glich sich die politische Stimmung in Deutschland eher den Bildern abstrakter Maler an. Die Erklärung ist nicht weit zu suchen. Hatte das Roosevelt'sche System für jede andere Nation Vorteile und Nachteile bereitgehalten, so sah es für Deutschland (und Japan) von allen Vorteilen ab. ...

Die Nachkriegsgeschichte wird heute zum Problem. In Westdeutschland hat man sich über Fahrtrichtung und Stationen der Nachkriegsgeschichte bewußt wenig Gedanken gemacht, da man einer geschichtlichen Einordnung (die ja auch den eigenen Sitzplatz mitumfassen müßte) auszuweichen bestrebt war. Die "Zeitgeschichte", über die man soviel redete, blieb Geschichte des "Dritten Reiches".

Die Grausamkeiten der Nationalsozialisten waren das Alibi, das einem 20 Jahre später das Nachdenken ersparen sollte. Was gefolgt war, interessierte nicht, es hatte keinen volkspädagogischen Nutzwert. Die Periodisierung der Nachkriegsgeschichte wurde bei uns vom Volksmund vorgenommen. Er spricht von der Zeit vor und nach der "Währung". Der Stichtag der Währungsreform vom 21. Juni 1948 ist in der Tat ein einprägsames Datum, da er alle Westdeutschen gleichmäßig erreichte. ...

So überdeutlich die Währungsreform ins Auge fällt, so sehr ist sie ein Glied in einer Kette von Ereignissen, die von der Schaffung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (1946), der Errichtung der Frankfurter Institutionen und Parlamente (1947), dem Auftrag zur Errichtung der Bundesrepublik (1948), der Aufnahme der Arbeit von Bundesregierung und Bundestag (1949), zur Revision des Besatzungsstaates (1951), dem Ende der Besatzung (1955), dem Beitritt der Bundesregierung zur NATO (1955) und der Unterzeichnung der Römischen Verträge (1957) führt. Alle diese Ereignisse können auf einer ansteigenden Linie, die aus der Entmachtung und Diskriminierung zur Selbstbehauptung, Souveränität und Gleichberechtigung, aus der Fremdherrschaft zur Selbstherrschaft führt, eingezeichnet werden.

Auf diese ansteigende Linie der deutschen Politik fiel der Schatten der Teilung Deutschlands,

ein Schatten, der nicht durch irgendwelche deutsche Politiker in Ost oder West, sondern durch die vom Kontrollrat am 30. Juni 1946 angeordnete Schließung der Zonengrenzen in die deutsche Geschichte eingezeichnet wurde. Den westdeutschen Politikern der Nachkriegsjahre ging es mit Recht um die Wiedererlangung des Grundrechts des Staates - der Souveränität - ohne die keine Politik, sondern nur Auftragsverwaltung durch schwächliche Protektoratsregierungen möglich ist.

Es waren zwei Wege denkbar, auf denen man zur Souveränität gelangen konnte. Den einen schlugen Konrad Adenauer und in der SPD Ernst Reuter ein. Es war der Weg der kleinen und der großen Schritte. Adenauer und Reuter gingen davon aus, daß die Souveränität in der Hand der Alliierten lag. Durch Ausnützen günstiger Momente und erhebliche Konzessionen für den Augenblick versuchten sie, sie Stück für Stück wiederzugewinnen.

Der andere Weg war der Kurt Schumachers. Er ging davon aus, daß die Souveränität nach wie vor beim deutschen Volk lag und nur zeitweise von den Alliierten usurpiert worden war. Sie sei von den Alliierten einzufordern als ein Recht, an dem nicht herumgehandelt werden dürfe. Auf beiden Wegen war die deutsche Teilung ein Mittel, um später zur Souveränität des ganzen Deutschland zu kommen.

Die Wiedervereinigung bildete den imaginären Schlußpunkt in Verlängerung des eingeschlagenen Weges. Für Adenauer und Reuter sollten sich der Souveränitätszuwachs und die Stärkung der Bundesrepublik in einer wachsenden Handlungsfreiheit auszahlen, die unter Ausnutzung der gegebenen, schnell wechselnden Situationen auch einmal der deutschen Politik die Chance geben würde, ihr Ziel mit Erfolg zu vertreten.

Für Schumacher war die deutsche Einheit ein unverlierbares staatliches Grundrecht, das solange von den Alliierten einzufordern war, bis diese vom rechtswidrigen Vorenthalten der Einheit Abstand nahmen. Der Status quo der Kontrollrats Herrschaft - das war allen klar - würde sich nie zur deutschen Selbstherrschaft, sondern nur zu einer anderen Form der interalliierten oder internationalen Fremdherrschaft weiterentwickeln. ...

Konnten die markanten Ereignisse in der Geschichte der Bundesrepublik bis etwa 1956 in eine ansteigende Kurve eingetragen werden, die auf volle Souveränität, auf Selbstbestimmung und Gleichberechtigung hinstrebte, so fehlen seit 1957 entsprechende Daten. Die Kurve scheint ihren Anstieg abubrechen, sich zu wenden und in einer absteigenden Linie ihre Bahn fortzusetzen. Andere Ereignisse und andere Daten treten hervor, die Verzicht auf Souveränität, auf Selbstbestimmung und Gleichberechtigung einschließen und die auf ein Wiedereinlenken in ein weltpolitisches System, wie es Franklin Delano Roosevelt vorschwebte, hindeuten.

Bei der Rückkehr in die Ära Roosevelt stellte sich heraus, daß eine Reihe völkerrechtlicher, staatsrechtlicher und politisch gesinnungsmäßiger Ausformungen dieser Ära durch den Ost West Konflikt zwar überlagert, aber nicht beseitigt worden waren. ...<<

27.10.1954

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (44/1954) berichtet am 27. Oktober 1954 über die Sowjetzonenflüchtlinge: >>Wer flieht, ist schuld

Das Landesverwaltungsgericht in Köln und der Oberkreisdirektor des Landkreises Bonn haben in zwei Entscheidungen kundgetan, was Flüchtlingen aus der sowjetischen Besatzungszone im freien Westen alles passieren kann. Der Paragraph 3 des Bundesvertriebenengesetzes hat sich dabei als eine scharfe Waffe gegen Zonenflüchtlinge erwiesen.

Paragraph 3: Sowjetzonenflüchtling:

(1) Sowjetzonenflüchtling ist ein deutscher Staatsangehöriger oder deutscher Volkszugehöriger, der seinen Wohnsitz in der sowjetischen Besatzungszone oder im sowjetisch besetzten Sektor von Berlin hat oder gehabt hat, von dort flüchten mußte, um sich einer von ihm nicht zu vertretenden und durch die politischen Verhältnisse bedingten besonderen Zwangslage zu

entziehen, und dort nicht durch sein Verhalten gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat. Eine besondere Zwangslage ist vor allem dann gegeben, wenn eine unmittelbare Gefahr für Leib und Leben oder die persönliche Freiheit vorgelegen hat. Wirtschaftliche Gründe allein rechtfertigen nicht die Anerkennung als Sowjetzonenflüchtling.

Das Landesverwaltungsgericht Köln hatte über den Antrag eines Sowjetzonenflüchtlings zu entscheiden, der als solcher anerkannt werden und damit in den Genuß einschlägiger Hilfen kommen wollte. Das Gericht urteilte:

"... Nach Paragraph 3 des Bundesvertriebenengesetzes ist nur derjenige Sowjetzonenflüchtling, der flüchten mußte, um sich einer von ihm nicht zu vertretenden und durch die politischen Verhältnisse bedingten besonderen Zwangslage zu entziehen. Der Kläger hat aber als Angehöriger der LDP - einer Regierungspartei der Ostzone - die dortigen Zustände selbst zu vertreten. Er trägt mit seinen Gesinnungsgenossen die Verantwortung dafür, daß die Zustände in der Sowjetzone so sind, wie sie gegenwärtig sind."

"Nur dadurch, daß die sogenannten bürgerlichen Parteien der sowjetischen Besatzungszone die sogenannte Blockpolitik der SED mitmachen, konnte die Diktatur der SED aufgerichtet und aufrechterhalten werden. Nur auf diese Weise konnte dem In- und Ausland vorgetäuscht werden, daß das Sowjetzonenregime ein demokratisches Regierungssystem sei ... Das haben die Anhänger dieser Parteien zu vertreten ... Von einer durch die politischen Verhältnisse bedingten besonderen Zwangslage (für die Flucht des Klägers aus der Sowjetzone) kann nicht gesprochen werden ..."

Der Oberkreisdirektor des Landkreises Bonn entschied in einem anderen Fall unter dem Aktenzeichen A. Z. 445/21: "... Die Eigenschaft als Sowjetzonenflüchtling kann weder bei Ihnen noch bei Ihrer Frau anerkannt werden. Nach Paragraph 3 des Bundesvertriebenengesetzes ist Sowjetzonenflüchtling, wer seinen Wohnsitz in der sowjetischen Besatzungszone hatte und von dort fliehen mußte, um sich einer von ihm nicht zu vertretenden und durch die politischen Verhältnisse bedingten besonderen Zwangslage zu entziehen und dort nicht durch sein Verhalten gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat."

"Wie Sie in Ihrem Antrag angeben, haben Sie Informationen über die russische Besatzungsmacht an eine westliche Besatzungsmacht weitergegeben. Diese von Ihnen ausgeübte Tätigkeit wird in jedem Rechtsstaat verfolgt und ist somit mit der Bestimmung des Paragraphen 3, daß als Sowjetzonenflüchtling u.a. nur anerkannt werden kann, wer nicht gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit verstößt, nicht in Einklang zu bringen. Das Verlassen der sowjetischen Besatzungszone ist daher von Ihnen selbst zu vertreten. Aus diesen Gründen kann die Eigenschaft als Sowjetzonenflüchtling nicht anerkannt werden ..."

Nach diesen beiden Entscheidungen dürfte kein Bewohner der Sowjetzone es wagen, nach dem Westen zu fliehen,

- wenn er in der DDR einer politischen Partei angehört hat.

- wenn er in der Sowjetzone aktiv für eine westliche Besatzungsmacht - etwa über den Gehlendienst - gearbeitet hat.

Ein parlamentarisches Nachspiel ist zu erwarten.<<

31.10.1954

DDR: Das sowjetische Militärtribunal übergibt am 31. Oktober 1954 alle verurteilten deutschen Häftlinge an die DDR-Behörden.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später (x009/398): >>Im Oktober 1954 teilte der sowjetische Hohe Kommissar dem sowjetzonalen Ministerrat mit, daß alle seit 1945 von dem sowjetischen Militärtribunal verurteilten Deutschen, die zur Zeit ihre Strafe in einer in der SBZ gelegenen Strafanstalt verbüßen, in die Zuständigkeit der deutschen Behörden übergeben würden.

Damit war die Entscheidungsbefugnis über Begnadigung und Haftentlassung dieser Verurteilten auf die hierfür zuständigen Organe der SBZ übertragen worden.<<

01.11.1954

UdSSR: Nikita Chruschtschow (1894-1971, seit 1953 Erster Sekretär des ZK der KPdSU) ermahnt am 1. November 1954 die osteuropäischen Regierungen, nur noch einen ideologischen Kampf gegen die "unwissenschaftliche religiöse Weltanschauung" der Kirchen zu führen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kirchenpolitik" in der SBZ (x009/214-215): >>Die Lage der Kirchen wird entscheidend mitbestimmt durch die kirchenpolitische Entwicklung von 40 Jahren in der Sowjetunion und durch die unterschiedliche Religionspolitik in den Satellitenländern.

In den ersten Etappen der rücksichtslosen Kirchenverfolgung von 1917-1939 trat der Bolschewismus als Antikirche mit dem Ausschließlichkeitsanspruch des Dialektischen Materialismus auf. Gottlosigkeit wurde als Grundsatz gefordert. Auslöschung der Kirche war das Ziel. Es kam zwischen 1925 (Gründung des Bundes der Gottlosen) und 1932 zu Massenaustritten.

Aber die orthodoxe Kirche überlebte und blieb. Die Sowjetregierung erkannte schon beim Tode des Patriarchen, daß ihre Bemühungen und die völlige Ausmerzungen des Christentums vergeblich waren. Sie änderte die Methode, ohne das Ziel aufzugeben, indem sie die Kirche zwang, die Tatsache der Verfolgung formell abzuleugnen und das "Martyrium der Lüge" dem Leben der Kirche zuliebe auf sich zu nehmen; die Anzahl der Gläubigen jedoch, die ohne Anklage gegen die Kirche das Martyrium der Wahrheit auf sich nahmen, blieb groß genug zur Wachhaltung des Gewissens. Während des Krieges schließlich wurde die Kirche "anerkannt" und gleichgeschaltet.

In der SBZ war die Ausgangslage eine wesentlich andere. Es gab im Deutschland von 1945 nicht wie in Rußland von 1917 ein Staatsoberhaupt, dem (laut § 64 der alten russischen Verfassung) der Titel "Beschützer der Dogmen des ... Glaubens und Aufseher der Rechtgläubigkeit" zuerkannt war. Die Kirchen in Deutschland hatten schon während des "Dritten Reiches" unter einer christentumsfeindlichen Diktatur leiden müssen.

Die SED zog darum für die Bekämpfung der Kirchen ihre Nutzenwendungen aus den veränderten Methoden in der Sowjetunion und aus den Erfahrungen in den Satellitenländern, wo Schauprozesse und Liquidierungen das System selber diskreditiert hatten.

Die SED-Regierung hoffte, ohne Verzicht auf gelegentliche Schockaktionen, das Kirchenvolk langsam der Kirche entfremden zu können.

Erfahrungen im nationalkirchlichen und Spaltungsexperimenten wurden mit Prag und Warschau ausgetauscht. Immer wenn eine Verschärfung des politischen Kurses in der Zone vorbereitet wurde, ging eine osteuropäische Konferenz "fortschrittlicher Christen" oder eine "Friedenstagung" mit christlichen Sprechern voraus.

Chruschtschows Mahnung vom 1.11.1954, die Gefühle der Gläubigen zu schonen, die Dilettanten auszuschalten und nur noch einen ideologischen Kampf gegen die "unwissenschaftliche religiöse Weltanschauung" zu führen, brachte für die Zone keine Erleichterung; vielmehr ging der Hauptkampf in Schulen, Parteischulen, Presse und Rundfunk weiter.

Beide Kirchen stehen unter starkem und unablässigem Druck des kommunistischen Regimes; ihre Probleme sind die gleichen. Planmäßig wird versucht, die unabhängige Existenz der Kirchen auszuschalten. Wohlfahrts-, soziale und medizinische Einrichtungen werden stark beschränkt oder völlig unterdrückt. Staatliche Zuwendungen werden gekürzt oder gestrichen. Besitz wird enteignet.

Seit 1952 richtet sich der Angriff nicht nur gegen die Kirche, den Gottesdienst und die sakramentalen Riten, sondern besonders gegen die Geistlichkeit. Die Anschuldigungen konzentrier-

ten sich auf angebliche Vergehen gegen strafgesetzliche Bestimmungen der "DDR" mit dem Ziel, die Gemeindemitglieder von einer engeren Verbindung mit der Geistlichkeit abzuhalten und ein Gefühl der Gefährdung unter der Jugend zu schaffen.

Die Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse übernahm von der fast gleichnamigen sowjetischen Organisation Kampfschriften von niedrigem Niveau (z.B. ... "Der religiöse Aberglaube und seine Schädlichkeit"), die in großen Auflagen verbreitet wurden. Vortragszyklen an Hand des Buches "Weltall, Erde, Mensch" wurden mit der Tendenz der Verächtlichmachung des Glaubens zur Vorbereitung der Jugendweihe veranstaltet. ...

Der wachsende Widerstand gegen die Jugendweihe wurde mit öffentlicher Beschimpfung der Pfarrer und mit Gesinnungsterror gegenüber den Eltern beantwortet. ...<<

04.11.1954

Norwegen: Bei der Verleihung des Friedensnobelpreises in Oslo erinnert Albert Schweitzer (1875-1965, von 1913-65 Missionsarzt in Lambarene/Gabun) am 4. November 1954 an das Schicksal der deutschen Vertriebenen (x035/336): >>... In schlimmster Weise vergeht man sich gegen das Recht des geschichtlichen Gegebenen und überhaupt gegen jedes menschliche Recht, wenn man Völkern das Recht auf das Land, das sie bewohnen, in der Art nimmt, daß man sie zwingt, sich anderswo anzusiedeln.

Daß sich die Siegermächte am Ende des Zweiten Weltkrieges dazu entschlossen, vielen hunderttausend Menschen dieses Schicksal, und dazu noch in härtester Weise, aufzuerlegen, läßt erlauben, wie wenig sie sich der ihnen gestellten Aufgabe einer gedeihlichen und einigermaßen gerechten Neuordnung der Dinge bewußt wurden.<<

13.11.1954

DDR: Die SED-Regierung veröffentlicht am 13. November 1954 einen Aufruf zur Einführung der Jugendweihe.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Jugendweihe" in der SBZ (x009/202-203): >>Pseudosakraler, atheistischer Festakt, mit dem alle Jugendlichen beim Verlassen der Schule in das "aktive gesellschaftliche Leben" aufgenommen werden sollen.

Der Akt wird durch Jugendstunden vorbereitet, in denen die Jugendlichen in die vulgär-materialistische Weltanschauung des Bolschewismus eingeführt werden. Ihr Themenplan stützt sich vorwiegend auf sowjetische Literatur; aus ihm und aus den Anweisungen für die Leiter geht der atheistische Charakter der Jugendstunden eindeutig hervor.

Bei der Jugendweihe verpflichten die Jugendlichen sich durch ein förmliches Gelöbnis, "ihre ganze Kraft für die große und edle Sache des Sozialismus einzusetzen" und "mit dem Sowjetvolk ... den Frieden zu sichern und zu verteidigen".

Die Veranstaltungen werden von Ausschüssen getragen, in denen die SED vorherrscht ... Die Jugendweihe soll freiwillig und mit den Kirchenpflichten (Konfirmation, Kommunion) vereinbar sein.

Tatsächlich verstehen maßgebliche sowjetische Kommentare die Jugendweihe als eine Verpflichtung auf die materialistische Weltanschauung und den Atheismus, und die Teilnahme aller Kinder an den Jugendstunden und der Jugendweihe wird durch massiven Druck (vor allem über die Volksabteilung der Räte) erzwungen. ... Eine Anweisung des Bezirksrates Potsdam bezeichnet die Jugendweihe 1958 als "ein bedeutendes Instrument der politischen Massenarbeit".

Im Sinne der seit 1957 unverkennbaren Tendenz, das Weltanschauungsmonopol des kommunistisch geführten Regimes durchzusetzen ("es gibt keine ideologische Koexistenz"), sollen die kirchliche Feste und Amtshandlungen durch pseudosakrale Staatsakte ersetzt und verdrängt werden.

1959 sollen 80,4 % der Schüler der 8. Klasse an 3.600 Jugendweihe-Feiern teilgenommen

haben. Seit 1956 wird die Jugendweihe in das Familienstammbuch eingetragen.<<

Das Gelöbnis zur Jugendweihe lautet wie folgt (x296/209 L):

>>Frage: Liebe junge Freunde!

Seid ihr bereit als treue Söhne und Töchter unseres Arbeiter- und Bauernstaates für ein glückliches Leben des ganzen deutschen Volkes zu arbeiten und zu kämpfen, so antwortet mir!

Antwort: Ja, das geloben wir!

Frage: Seid ihr bereit, mit uns gemeinsam eure ganze Kraft für die große und edle Sache des Sozialismus einzusetzen, so antwortet mir!

Antwort: Ja, das geloben wir!

Frage: Seid ihr bereit für die Freundschaft der Völker einzutreten und mit dem Sowjetvolk und allen friedliebenden Menschen der Welt den Frieden zu sichern und zu verteidigen, so antwortet mir!

Antwort: Ja, das geloben wir!

Wir haben euer Gelöbnis vernommen, ihr habt euch ein hohes und edles Ziel gesetzt. Ihr habt euch eingereiht in die Millionenschar der Menschen, die für Frieden und Sozialismus arbeiten und kämpfen.

Feierlich nehmen wir euch in die Gemeinschaft aller Werktätigen in unserer Deutschen Demokratischen Republik auf und versprechen euch Unterstützung, Schutz und Hilfe.

Gemeinsam mit vereinten Kräften – vorwärts!<<

16.11.1954

DDR: Die von der Volkskammer "gewählte Regierung der DDR" übernimmt am 16. November 1954 offiziell die sowjetische Bezeichnung "Ministerrat".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Ministerrat" der SBZ (x009/296): >>Regierung der SSR, seit 1954 amtlich Ministerrat genannt, formal höchstes Exekutivorgan nach der Verfassung vom Vertrauen der Volkskammer, in Wirklichkeit jedoch vom Willen der SED-Führung und der sowjetischen Besatzungsmacht abhängig. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Regierung und Verwaltung" der SBZ (x009/358-360): >>Die wichtigste gesetzliche Grundlage für Struktur und Tätigkeit der Regierung war neben der auch insoweit weitgehend ausgehöhlten und faktischen Verfassung das "Gesetz über den Ministerrat der DDR" vom 16.11.1954 ...

Von entscheidender Bedeutung für die Regierungs- und Verwaltungstätigkeit in der SBZ ist besonders das im "Gesetz über den Ministerrat" verankerte Prinzip des "Demokratischen Zentralismus", nach dem "alle nachgeordneten Organe den übergeordneten Organen rechenschaftspflichtig und an deren Weisungen gebunden" sind. Dieses Prinzip wird seit der Verwaltungsneugliederung radikal angewandt. Im Zuge dieser Umstrukturierung des Staatsapparates wurden im Sommer 1952 die Landesregierungen aufgehoben und deren Aufgaben auf die Räte der 14 auf dem Gebiet der Länder gebildeten Bezirke übertragen. ...

Alle staatliche Verwaltungsarbeit in der SBZ unterliegt der Lenkung und Kontrolle durch die SED. Nach dem vom IV. Parteitag der SED 1954 beschlossenen Statut der Staatspartei ist die SED "die führende Kraft aller Organisationen ..."

Der führende Staatsrechtler der SBZ, Prof. Dr. Herbert Kröger, hatte den Primat (Vorrang) der SED im staatlichen Leben der SBZ in einem Gutachten ("Zum Staatsaufbau in der Deutschen Demokratischen Republik", Ost-Berlin 1954) zunächst wie folgt skizziert: "Die ... Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist die führende Kraft aller staatlichen Organisationen. ... Mit ihrer Hilfe leitet die Arbeiterklasse den Staat. ... Deshalb gibt es keine grundlegenden wichtigen staatlichen Maßnahmen ohne vorhergehende richtungsweisende Beschlüsse der SED. In den Beschlüssen der SED kommt unmittelbar der Wille der Arbeiterklasse zum Ausdruck. ..."

In der Praxis ergab sich schon bald nach der Bildung erster zentraler Verwaltungs- und Regie-

rungsorgane eine ständige Beeinflussung und Lenkung ihrer Entscheidungen und Maßnahmen durch die Führungsorgane der SED. Selbst Detailfragen wurden mehr und mehr vom Apparat des ZK der SED, den Bezirks- und Kreisleitungen der SED behandelt, bevor sie den Staatsorganen zur Beratung und Realisierung übergeben wurden.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Demokratischen Zentralismus" in der SBZ (x009/92-93): >>Der Demokratische Zentralismus ist das erstmals von Lenin entwickelte Strukturprinzip der kommunistischen Partei, der von ihr geführten Massenorganisationen und eines von der kommunistischen Partei beherrschten Staates einschließlich seiner Wirtschaftsverwaltung (staatliche Planungskommission) und der Gerichtsbarkeit.

Er soll die Führung der Parteispitze in Staat und Gesellschaft gewährleisten und der weiteren Entwicklung zum Sozialismus/Kommunismus in Erfüllung der angeblich objektiven Gesetze der Geschichte dienen. Der Demokratische Zentralismus wird deshalb auch als Entwicklungsprinzip bezeichnet.

Seine Kriterien sollen sein

- a) die strikte Unterordnung der unteren Organe unter die oberen (die proletarische Disziplin),
- b) die Wahl aller Organe,
- c) die Kollektivierung der Führung,
- d) die Beseitigung der alten und die Schaffung der neuen Ordnung.<<

30.11.1954

DDR: Die evangelische Kirche protestiert am 30. November 1954 gegen die Einführung der Jugendweihe in der DDR.

08.12.1954

Österreich: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (50/1954) berichtet am 8. Dezember 1954: >>**Gendarmen vor der Tür**

Als im Jahre 1945 die Bundesrepublik Österreich aus den Trümmern des Großdeutschen Reiches wieder erstand, durfte sich der damalige Hauptfeldwebel der Wiener Heeresstreife Ferdinand Käs zu ihren Widerstandskämpfern zählen. Zusammen mit dem damaligen Major und jetzigen Filmproduzenten Carl Szokoll hatte er den vor Wien stehenden Sowjets die Pläne für die deutsche Verteidigung des nördlichen Vorfeldes der Stadt überbracht.

Eines Tages im November dieses Jahres erschienen nun bei dem inzwischen zum Major der Gendarmerie und Leiter der Gendarmerie-Schule Wien avancierten Käs zwei Reporter. Sie machten ihn mit einigen unfreundlichen Publikationen über seine Widerstands-Tat des Jahres 1945 bekannt und baten ihn um eine Stellungnahme. Der einstmalige Hauptfeldwebel Käs war so unvorsichtig, vor den Ohren der beiden Journalisten einen ideologischen Spind- und Stubenappell zu veranstalten. Dabei ging einiges politische Steingut in Scherben.

Käs nannte die deutsche Wehrmacht "eine Räuberbande" und tat damit etwas, was die Redner und Schreiber der beiden Regierungsparteien, der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) und der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), aus wohlwollenden Gründen seit Jahren nicht mehr tun: Er ärgerte rund eine dreiviertel Million von Landsleuten, die einst in der Wehrmacht gedient haben.

Einmal im Schwung, fegte Käs auch gleich einiges zerbrechliche Porzellan aus dem außenpolitischen Spindfach der Republik. Er sprach von dem westdeutschen Sicherheitsbeauftragten Theodor Blank als dem "Oberleutnant Blank, der klugscheißt" und "verhinderte Sieger um sich sammelt".

Schließlich polterte der vergrämte Gendarm auch noch in den Keller der Historie, in dem Österreich unter anderem wunde Erinnerungen an traurige Erlebnisse aus nicht allzu ferner Vergangenheit aufbewahrt. "Daß die Russen Mädchen vergewaltigten und nicht streichelten", sagte Käs, "ist einzusehen, denn die Deutschen haben in Rußland wüst gehaust. Und die

Westalliierten waren auch nicht besser."

Die Kasernenhof-Philosophie des Käs wäre wahrscheinlich ungehört verhallt, wenn nicht ihr Urheber durch eine der auffallendsten Taten des österreichischen Widerstandes mit der jüngsten Geschichte der Republik verbunden gewesen wäre. So aber erregte sie einerseits unliebsames Aufsehen, und andererseits sah sich die Koalitionsregierung des Bundeskanzlers Raab und des sozialdemokratischen Innenministers Oskar Helmer schon aus Gründen der offiziellen österreichischen Geschichtsschreibung, in der der anti-deutsche Widerstand etwa denselben Platz einnimmt wie in der französischen das Heldentum der Jeanne d'Arc, zum Eintreten für den polterigen Gendarmen gezwungen.

Sie hatte um so mehr Ursache dazu, als die mißtrauischste der vier Besatzungsmächte - die Sowjet-Union - den Österreichern immer noch nicht deren großdeutsche Katerstimmung glauben will. Auf der einen Seite bedroht von der wie Strohfeuer um sich greifenden öffentlichen Erregung über die Äußerungen des Käs und auf der anderen Seite verpflichtet, Widerstandsethos und Sowjet-Mißtrauen zu berücksichtigen, steuerte der sozialdemokratische Innenminister Helmer den behutsamen Kurs der halben Dementis.

Das Temperament der Wiener und die Kommunisten machten es ihm jedoch nicht leicht. Mehrere Zeitungen veröffentlichten einen offenen Brief des Schriftstellers Kurt Ziesel ("Daniel in der Löwengrube") an Helmers Staatssekretär Graf. "In jedem anderen Land", hieß es darin, "würde man einen Offizier der Sicherheitstruppe des Landes, der sich solcher Schmähung schuldig macht, mit der Hundspeitsche aus dem Lande jagen."

Graf antwortete vorsichtig: Es müsse erst einmal festgestellt werden, "ob überhaupt die publizierten Äußerungen mit den tatsächlich gemachten identisch sind". Grafs Kühlwasser verzichtete jedoch an der inzwischen von den Kommunisten erhitzten öffentlichen Meinung.

Die kommunistischen Tageszeitungen erschienen mit Schlagzeilen, wie "Die Verräter an Österreich erheben wieder ihr Haupt", "Die Offensive der Anschlußagitatoren und Kriegshetzer darf nicht länger geduldet werden" und "Die neonazistischen Zeitungen müssen verschwinden".

Major Käs avancierte in der kommunistischen Presse zum "unbeugsamen Widerstandskämpfer", nachdem er noch kurz zuvor im "Abend" (einer kommunistischen Zeitung) angeprangert worden war, weil er seine Gendarmerie-Schüler nach dem Muster des deutschen Militärs "abrichtet und schindet".

Das kommunistische Manöver, das den Major Käs plötzlich zur Zentralfigur des antideutschen Widerstandes von 1945 machte, traf die Regierung Raab da, wo es für sie außenpolitisch am ärgerlichsten ist - bei ihrer Reputation als Gegnerin jeden Gedankens an einen neuerlichen "Anschluß".

Die unglückliche Lage der Regierung Raab wurde noch durch ein paar täppische Schritte Westdeutschlands verschlechtert. Es war vor allen Dingen ein Urteil des Berliner Verwaltungsgerichts, das der kommunistischen Propaganda Auftrieb gab. Das Berliner Gericht hatte entschieden, daß das Staatsbürgergesetz des Jahres 1938 noch heute in Kraft sei. Durch dieses Gesetz hatten seinerzeit alle Österreicher die reichsdeutsche Staatsangehörigkeit erlangt.

Kaum weniger glücklich arrangiert war das gutgemeinte Interview Bundeskanzler Adenauers für die Wiener Zeitung "Neues Österreich", ironischerweise ausgerechnet eines der deutschfeindlichsten Blätter Wiens, in dessen Verlag neben Christlichsozialen und Sozialdemokraten auch Kommunisten sitzen. Aber schon allein die Form eines unverbindlichen Interviews war in Wien als sehr wenig formgerecht empfunden worden.

Die Regierung Raab hatte offensichtlich gehofft, Bundeskanzler Adenauer werde die von den Kommunisten der Bundesrepublik immer wieder unterstellten Absichten, Österreich eines Tages "erneut okkupieren zu wollen", vor dem Bundestag in möglichst offizieller Form dementieren. Das Interview in "Neues Österreich" wurde als "ein nur dürftiges Gegenargument

gegen den kommunistischen Hetzfeldzug" gebilligt.

Selbst in den Reihen der Partei des Bundeskanzlers Raab (ÖVP) erhoben sich sorgenvolle Stimmen. So schrieb die angesehene links-katholische Zeitschrift "Die Furche", daß in der ÖVP und "fast noch mehr" in der SPÖ Kräfte am Werk seien, die wieder eine Vereinigung mit Deutschland wollten, und Ende November warnte dieselbe Zeitschrift gegen die Hetze, der Major Käs ausgesetzt sei. "Die Männer des österreichischen Widerstandes", so fahndete "Die Furche" nach den Motiven der Unpopularität des Käs, "sollen in den Augen einer allzu vergeßlichen Bevölkerung als dubiose Charaktere dargestellt werden. Wenn es außerdem gelingt, sie in den Verdacht der Nachbarschaft zum Kommunismus zu bringen, um so besser!"

Angesichts solcher Warnungen blieb der Regierung nichts anderes übrig, als sich endgültig vor Käs zu stellen. Diese Aufgabe übernahm der wohlbeleibte Innenminister Oskar Helmer persönlich; er erklärte: "Die gegen Gendarmerie-Major Käs erhobenen Angriffe sind unrechtmäßig", und die Regierungspresse versicherte, daß man Zeugen dafür habe. Während nämlich Käs sein Interview mit den beiden Reportern gehabt habe, hätten ganz zufällig zwei Gendarmen an der Tür gestanden und zugehört. Sie hätten genau vernommen, daß Käs die ihm nachgesagten Äußerungen über die Wehrmacht, über Theodor Blank und über die Verzeihlichkeit sowjetischer Vergewaltigungen nicht getan habe.

Die Regierung Raab hatte zu diesem robusten Dementi auch noch eine andere Veranlassung. Aus dem sowjetischen Hochkommissariat waren nämlich drohende Nachrichten gesickert. Die Sowjets, so hatte es geheißt, würden die österreichische Gendarmerie in den von ihnen besetzten Gebieten unter eigene Regie nehmen, wenn Major Käs als Leiter der Gendarmerieschule Wien abgelöst werde.<<